

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1578

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1578



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Newsletter vom 30. 9. 2018

Inhalt

Vorwort	2
Linke Indoktrination an der Volksschule ist sofort zu stoppen!.....	2
Mehr politische Vielfalt statt Einfalt an unseren Schulen!	3
Forderungskatalog der Jungen SVP Kanton Zürich.....	4
Dazwischen gibt's einen Werbespot für Attac.....	5
Gutes Lehrmittel unter Ideologieverdacht	5
Lückenhaftes Buch.....	6
Duale Berufsbildung zum Miterleben und Ausprobieren	6
Vom Klassenzimmer in den Gerichtssaal: Anwälte decken Schulen mit Beschwerden ein .	8
Engagierte Eltern sind nicht Problem, sondern Segen	10
Schlechte Noten für den Primus	10
Schule zu verkaufen.....	11
Rechtschreibung lernen Kinder am besten mit einer Methode.....	12
Luzern für Schulgeld, Tessin gegen Reform.....	14
Sind die Tessiner bessere Demokraten?.....	14
Ein einziges Fehlkonstrukt.....	15
Veranstaltungshinweise	15
Plenum digitale – Vacuum mentale?	15
Bildschirmmedien und Kinder	16
Was man von Schweden lernen kann	16
Das gesellschaftliche Bild und die pädagogische Bedeutung der Lehrberufe	16

Vorwort

Wir befinden uns im Jahre 2018 n.Chr. Die ganze Bildungswelt ist von Theoretikern und Bürokraten besetzt... Die ganze? Nein! Ein aus unbeugsamen bürgerlichen Politikern zusammengesetztes Team hört nicht auf, den Eindringlingen Widerstand zu leisten. Und das Leben ist nicht leicht als letzte Bastion, die sich gegen weltfremde Lehrmittel, politische Beeinflussung und Gender-Mainstreaming an Schulen zur Wehr setzt.

Seit die Neue Zürcher Zeitung über mehrere politisch gefärbte Geschichtslehrmittel berichtet hat, erscheinen im Sekundentakt Artikel über ebensolche Lehrmittel, die die Qualitätsansprüche durchs Band unterschreiten. Im Fokus steht dabei insbesondere «Gesellschaften im Wandel», ein Paradebeispiel für politische Beeinflussungsversuche an der Volksschule. Feministische, gewerkschaftliche und internationalistische Ideale werden besungen, ohne dass die Schüler erfahren, um welch umstrittene Themen es sich handelt. Politische Halbwahrheiten und Meinungsäusserungen der Autoren werden nämlich regelmässig als unumstössliche Tatsachen präsentiert.

Die Verantwortlichen beteuern hartnäckig, dass das Gebot der politischen und konfessionellen Neutralität eingehalten wurde, aber jeder kann sich selbst vom Gegenteil überzeugen: Das Buch trieft vor politisch einseitigen Parolen, und zwar bis in die letzten Ritzen. In dieser Ausgabe unseres Newsletters werden diese massiven Kompetenzüberschreitungen der Lehrmittelentwickler in aller Ausführlichkeit aufgezeigt.

Der Regierungsrat muss aktiv werden. Die Bildungsdirektion muss sämtliche verwendeten Lehrmittel, die geschichtliche oder politische Inhalte beinhalten, auf ihre politisch neutrale Ausrichtung überprüfen. Der heutige Zustand ist unhaltbar.

Wir wünschen eine erhellende Lektüre zu einem dunklen Kapitel.

Für die Redaktion «Starke Volksschule Zürich»

Régis Ecklin

Linke Indoktrination an der Volksschule ist sofort zu stoppen!

SVP des Kantons Zürich, 11.9.2018, Medienmitteilung

Es sind Lehrmittel im Umlauf, die jegliche Ausgewogenheit und kritische Auseinandersetzung vermissen lassen und höchst einseitig ideologisch geprägt sind. Für gewisse politische Akteure und Positionen wird regelrecht geworben, ohne die Gegenposition einfließen zu lassen. Ein politisch neutraler Unterricht ist so praktisch unmöglich.

Mit dem neuen Lehrmittel wird indirekt zum Klassenkampf aufgerufen. So wird die fehlbare und mit negativen Schlagzeilen behaftete UNIA als Kämpferin für das arbeitende Volk dargestellt. Weiter werden freie Märkte zum alleinigen Nutzen der Reichen hochstilisiert. Dass freie Märkte auch mehr Wohlstand generieren, wird hingegen ausgeblendet.

Das Lehrmittel enthält erwiesenermassen gefährliche einseitige und falsche Informationen. So wird zum Beispiel behauptet, dass Frauen 20% weniger als ihre Arbeitskollegen verdienen. Dass es auch Studien gibt, welche nur einen Lohnunterschied von 2,9% festgestellt haben, blendet das Lehrmittel aus. Es liegt also auf der Hand. Das Lehrmittel ist stark idealistisch links gefärbt und tendenziös.

Offenbar wird die politische Neutralität der Lehrmittel nicht überprüft bzw. sichergestellt. Dieser Umstand ist unhaltbar und entspricht nicht dem in der Verfassung festgehaltenen Grundsatz der politisch neutralen Ausrichtung der staatlichen Schulen.

Die SVP fordert den Regierungsrat auf, mit sofortiger Wirkung auf das Lehrmittel «Gesellschaften im Wandel» im Unterricht zu verzichten. Das Lehrmittel «Gesellschaften im Wandel» soll erst nach einer gründlichen Überarbeitung, welcher dem Grundsatz der politisch neutralen Ausrichtung der Schulen entspricht, wieder im Unterricht verwendet werden dürfen.

Die Bildungsdirektion muss sämtliche verwendeten Lehrmittel, welche geschichtliche und/oder politische Inhalte beinhalten, auf ihre politisch neutrale Ausrichtung überprüfen.

Die SVP verlangt Antworten und konkretes Handeln von der Regierung und wird entsprechende Vorstösse im Kantonsrat einreichen.

Mehr politische Vielfalt statt Einfalt an unseren Schulen!

SVP des Kantons Zürich, 17.9.2018

Kantonsrätin Anita Borer, Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur

Gute Lehrerinnen und Lehrer sind das A und O unserer Volksschule. Sie bilden die Kinder und Jugendlichen zu kritischen Erwachsenen heran, die sich eine eigene Meinung zu diversen Themen bilden können. Die Lehrmittel sind dabei die Basis des Unterrichts.

So die Theorie. In der Praxis ist das aber leider nicht so idyllisch, wie wir auch den Medien entnehmen konnten. Es sind Lehrmittel im Umlauf, die keineswegs ausgewogen und höchst einseitig ideologisch geprägt sind. Für gewisse politische Akteure und Positionen wird regelrecht geworben, ohne die Gegenposition einfließen zu lassen. Ein politisch neutraler Unterricht ist so – auch wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer noch so möchte – praktisch unmöglich.

Wer überprüft bzw. stellt die politische Neutralität der Lehrmittel unserer Volksschule sicher? Offenbar niemand. Dieser Umstand ist unhaltbar und entspricht nicht dem in der Verfassung festgehaltenen Grundsatz der politisch neutralen Ausrichtung der staatlichen Schulen.

Einmal macht sich bemerkbar, worauf wir bereits im Zusammenhang mit dem neuen Lehrplan 21 hingewiesen haben: Zu viele Prozesse im Bildungsbereich sind undurchsichtig und verworren. Es reden verschiedene Akteure mit den unterschiedlichsten Funktionen mit, damit wird vorgegaukelt, dass eine Meinungsvielfalt bestehen würde. Die Politik erfährt aber nur in wenigen Fällen, was hinter den Kulissen abläuft.

Wer beauftragt wen und unter welchen Voraussetzungen? Welche Organisationen reden mit und welche werden ausgeschlossen? Wie die auf dem Lehrplan 21 basierenden Lehrmittel zeigen, ziehen die involvierten Kräfte mehrheitlich in eine einzige Richtung. Von Meinungsvielfalt kann keine Rede sein kann.

Ob links, in der Mitte oder rechts: keine Politik und keine Partei hat das Recht, die alleinige Wahrheit für sich zu beanspruchen und unsere Kinder einseitig zu beeinflussen. Die Schule hat einen öffentlichen Auftrag und entsprechend verschiedene Positionen, Weltanschauungen und Meinungen einzubeziehen.

Wir fordern deshalb den Regierungsrat eingehend auf, sofort zu handeln, die umstrittenen Lehrmittel umgehend kritisch zu überprüfen und zu überarbeiten. Entsprechende

Vorstösse reichen wir heute Nachmittag zusammen mit der FDP ein. Dies im Sinne einer Volksschule, hinter der wir alle stehen können und die unsere Kinder und Jugendlichen zu hinterfragenden, urteilsfähigen Erwachsenen heranzieht.

Forderungskatalog der Jungen SVP Kanton Zürich

SVP des Kantons Zürich, 17.9.2018

Camille Lothe, Präsidentin Junge SVP Kanton Zürich

Kürzlich erschien eine Recherche der NZZ, die ergeben hat, dass das Gebot der politischen Neutralität in den Lehrmitteln des Kantons Zürichs wenig bis gar nicht beachtet wurde. Tatsächlich zeigt sich, dass die Gewichtung der politischen Inhalte äusserst unausgewogen ist und förmlich eine einseitig linke Indoktrinierung unserer Kinder vorangetrieben wird.

Der Kanton Zürich und die zuständige Bildungsdirektion tragen die Verantwortung, dass deren Schulen politisch und konfessionell neutral sind. Doch ersteres ist offensichtlich nicht gegeben. Dieser Zustand ist für die Junge SVP inakzeptabel und muss sofort korrigiert werden. Aus diesem Grund stellt die Junge SVP dringende Forderungen an die entsprechenden Akteure.

Forderungskatalog der Jungen SVP Kanton Zürich

1. Es wird mit sofortiger Wirkung auf das Lehrmittel «Gesellschaften im Wandel» im Unterricht verzichtet.
2. Das Lehrmittel «Gesellschaften im Wandel» soll erst nach einer gründlichen Überarbeitung, welcher dem Grundsatz der politisch neutralen Ausrichtung der Schulen entspricht, wieder im Unterricht verwendet werden dürfen. In der Zwischenzeit bietet die Bildungsdirektion alternative Lehrmittel zur Überbrückung an.
3. Die Überarbeitung findet durch ein unabhängiges Autorenteam statt. Das bisherige Autorenteam darf in keiner Weise an der Überarbeitung beteiligt sein.
4. Die Bildungsdirektion muss sämtliche verwendeten Lehrmittel, welche geschichtliche und/oder politische Inhalte beinhalten, auf ihre politisch neutrale Ausrichtung überprüfen. Ein besonderes Augenmerk wird auf die verfassten Lehrmittel des besagten Autorenteam gelegt.
5. Die Bildungsdirektion verzichtet in Zukunft auf die Verwendung von Publikationen des Autorenteam «Gesellschaften im Wandel».
6. Die Bildungsdirektion veröffentlicht eine klare Stellungnahme zum Lehrmittel «Gesellschaft im Wandel» (und allenfalls anderen ungeeigneten Lehrmitteln) und hinterfragt dabei die kritischen Passagen.

Diesen Forderungen ist aufgrund des unhaltbaren Zustandes schnellstmöglich nachzukommen. Sollten sich die beteiligten Akteure uneinsichtig zeigen und weiterhin einseitige und unausgewogene Lehrmittel verwendet werden, wird sich die Junge SVP das Recht vorbehalten, mittels direktdemokratischer Instrumente aktiv zu werden.

Dazwischen gibt's einen Werbespot für Attac

NZZ 21.9.2018, Schweiz

/sc. · Ein NZZ-Artikel über politisch einseitige Lehrmittel hat zu zahlreichen Vorstössen der bürgerlichen Parteien geführt. So will im Aargau die FDP-Fraktion vom Regierungsrat wissen, inwiefern bei der Zulassung von Lehrmitteln auf Ausgewogenheit geachtet werde. Sicher ist: Die von der NZZ kritisierten Lehrmittel «Gesellschaften im Wandel» («GiW») und «Durchblick Geschichte» sind keine Einzelfälle – zumindest, was die unkritische Übernahme gewisser Gewerkschafts- und NGO-Parolen angeht. Die antikapitalistische Attac etwa erhält nicht nur bei «GiW», sondern auch im Band «Geschichte der Neuzeit» des Zürcher Lehrmittelverlages ein nettes Porträt: Dem Titel «Attac – ein neuer Player der Zivilgesellschaft» folgt unter anderem ein Werbespot für die Attac-Idee einer «Tobin Tax», die angesichts des «Siegeszugs des Neoliberalismus» ein «Zeichen» für einen «fiskalpolitisch als notwendig erachteten Paradigmenwechsel» setzen könnte.

Politisch ausgewogener präsentiert sich das Lehrmittel «Zeitreise» (Klett- und-Balmer-Verlag). Allerdings gibt es auch hier klar gefärbte Passagen: Die Menschenrechte, so ist etwa zu lesen, würden durch niemanden so gut geschützt wie durch Amnesty, Public Eye und andere NGO – «und damit durch uns!» Interessant ist auch die Behauptung, dass Frauen bei gleicher Arbeit immer noch «rund zehn Prozent weniger» verdienen als Männer, denn: «Bei der wirtschaftlichen Gleichstellung hapert es weiterhin.» Ob dem so ist, bleibt jedoch umstritten. Wie gewagt es ist, in Sachen Lohnunterschieden Tatsachenbehauptungen aufzustellen, zeigen die Lehrmittel selber: Während es bei «Zeitreise» zehn Prozent sind, behaupten die «GiW»-Autoren im Verein mit der Gewerkschaft Unia, es seien zwanzig. Unerwähnt bleibt in beiden Fällen, dass es auch Studien gibt, die von minimalen unerklärlichen Lohndifferenzen ausgehen.

Gutes Lehrmittel unter Ideologieverdacht

Zürichsee-Zeitung 20.9.2018

SVP und FDP läuten Sturm: Diverse Geschichtslehrmittel seien linkslastig und müssten überarbeitet oder aus dem Verkehr gezogen werden. Die Vorwürfe basieren auf aufgebauchten und aus dem Zusammenhang gerissenen Banalitäten.

Am dicksten trug die SVP auf. An einer Medienkonferenz sagte Parteipräsident Konrad Langhart, ein sonst besonnener Landwirt, es seien Lehrmittel im Umlauf, welche jegliche Ausgewogenheit vermissen liessen und höchst einseitig ideologisch geprägt seien. Gemeint war vor allem auch das neue Geschichtslehrmittel «Gesellschaften im Wandel» des Zürcher Lehrmittelverlags, das auf die Bedürfnisse des Lehrplans 21 zugeschnitten ist. Das Lehrmittel enthalte ein Loblied auf die Gewerkschaft Unia und müsse sofort zurückgezogen und überarbeitet werden, fordert die SVP.

Auch die FDP hat das Thema aufgegriffen, wenn auch ein wenig zurückhaltender. Eine gemeinsame Medienkonferenz mit der SVP kam nicht zustande, dafür machte ein Freisinniger im Parlament in einer theatralisch vorgetragenen Fraktionserklärung auf drei Vorstösse aufmerksam, welche die beiden Parteien einreichten. Sie fordern, dass der Unterricht und damit auch die Lehrmittel konfessionell und politisch neutral sein müssen.

[...]

Lückenhaftes Buch

Zürichsee-Zeitung 26.9.2018, Leserbrief

Zu «Gutes Lehrmittel unter Ideologieverdacht» Ausgabe vom 20. September

Thomas Schraner ist der Meinung, «Gesellschaften im Wandel» sei ein ausgewogenes Lehrmittel, und die SVP bausche Banalitäten auf. In beiden Fällen irrt er. Das Buch ist politisch einseitig. Internationale Organisationen werden idealisiert, die EU wird beispielsweise mit pathetischen Slogans wie «Gemeinsam für Demokratie und friedliche Entwicklung» und «Vertrauen durch wirtschaftliche Zusammenarbeit» besungen. Kritische Begriffe wie Währungskrise, Jugendarbeitslosigkeit oder Flüchtlingskrise sucht man dafür vergebens.

Dasselbe gilt für den Schengen-Vertrag und die UNO, die über den grünen Klee gelobt werden. Dass die Autoren zu kritischen Voten durchaus in der Lage sind, beweisen sie in diversen Passagen über die Schweiz. Die immer wieder aufgegriffene Darstellung der systematisch diskriminierten Frau sowie der fremdenfeindlichen Schweiz ziehen sich durch das ganze Buch. So wird unter anderem behauptet: «Nach wie vor erhalten Frauen in der Schweiz vielerorts für dieselbe Arbeit weniger Lohn als Männer. Vor Wahlen und Abstimmungen wird mit rassistischen Plakaten Stimmung gegen Ausländerinnen und Ausländer gemacht.»

Das Buch ist lückenhaft. Wer historisch denken kann, stutzt, wenn er sieht, dass Stalin, Mao, Castro und Che, nicht gerade Fussnoten des 20. Jahrhunderts, im Geschichtsbuch nicht vorkommen. Auch Ereignisse, denen man eine gewisse welthistorische Tragweite nicht absprechen kann, wie der Nahostkonflikt, der Koreakrieg, der Vietnamkrieg und die Golfkriege, werden nicht behandelt. Der Kommunismus, die tödlichste Ideologie des 20. Jahrhunderts, wird nicht als solche deklariert, sondern verharmlost: «Ziel ist eine Gesellschaft, in der es keinen Privatbesitz gibt, weil alles dem Volk gehört.» Dass der Weg zu diesem Ziel über Unterdrückung, Zensur und 100 Millionen Leichen geführt hat, unterschlägt das Buch. Aus welchem Grund auch immer. Journalist Schraner ist gescheitert an der Vernachlässigung der Fakten bei gleichzeitiger Überhöhung seiner eigenen Meinung – genau wie die Autoren des Lehrmittels.

Régis Ecklin, Zollikon

Duale Berufsbildung zum Miterleben und Ausprobieren

Zeit-Fragen 26.9.2018

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Vom 12. bis 16. September 2018 fanden die Schweizer Berufsmeisterschaften SwissSkills in Bern statt. 66 Berufsverbände und Organisationen der Arbeitswelt waren dabei, in 75 Berufen fanden Schweizer Meisterschaften statt. Hier konnten junge Berufsleute im Wettbewerb in eindrücklicher Weise zeigen, was sie gelernt haben.

Ziel der Grossveranstaltung war aber nicht nur das Kräftemessen der Besten. Ebenso wichtig war den Berufsverbänden, dass die Jugendlichen, die künftigen Lehrlinge, hier einen ersten Eindruck von 135 Lehrberufen erhalten konnten. Die Mehrzahl der Jugendlichen in der Schweiz beginnt nach neun oder zehn Schuljahren, also mit etwa 16 Jahren, eine Berufslehre. Entsprechend gross war das Interesse an SwissSkills: Zehntausende von Schülern reisten mit ihren Lehrern nach Bern – mit einem Bahnbillet für maximal 20 Franken und Gratiseintritt – und nahmen die tolle Gelegenheit in Anspruch, sich von

jungen Berufsleuten ihre Arbeit zeigen zu lassen und auch selbst einzelne Tätigkeiten auszuprobieren.

«Das duale Berufsbildungssystem der Schweiz ist einzigartig»

«Das duale Berufsbildungssystem der Schweiz ist einzigartig. Junge Berufsleute stellen dies immer wieder unter Beweis, an Schweizer-, Europa- und Weltmeisterschaften in allen Berufssparten.» Mit diesen Worten bringt SwissSkills den hohen Stellenwert der dualen Berufsbildung in der Schweiz zum Ausdruck.¹ Die herausragenden Leistungen sind die Früchte einer drei- oder vierjährigen Lehre, in der die jungen Leute von ihren Lehrmeistern persönlich und mit Freude am Beruf angeleitet und gründlich geschult werden, ergänzt durch eine gute Fach- und Allgemeinbildung in den Berufsschulen. Über die Spitzenleistungen an Meisterschaften hinaus ist die duale Berufsbildung aber auch für alle anderen Lehrlinge ein Segen sowie eine der tragenden Säulen des Wirtschaftsstandortes: «Die Schweiz funktioniert dank der Berufslehre. Zwei Drittel aller Jugendlichen in der Deutschschweiz beginnen ihre Berufskarriere mit einer Berufsbildung.» So Rudolf Strahm, einer der unermüdlichen Aufklärer über die prägende Rolle der dualen Berufsbildung für den Einzelnen und für die Gesellschaft.²

Stolz auf den Beruf und die eigenen Leistungen

Vor kurzem liessen der «Blick» und «20 Minuten», die von vielen Jungen gelesen werden, Lehrlinge zu Wort kommen, die ihre Freude und ihren Stolz auf ihre Arbeit und ihren Beruf zum Ausdruck brachten.³ Übrigens sind das nicht nur einige positive Zufallstreffer: In meiner Zeit als Berufsschullehrerin beeindruckte es mich bei jeder Klasse aufs neue, wie die 16jährigen fast ausnahmslos den grossen Schritt von der Schule ins Berufsleben trotz früherem Tagesbeginn, längerem Arbeitstag und neuen Anforderungen meisterten und sich innert weniger Monate in Beruf und Lehrbetrieb heimisch fühlten – stolz auf die eigenen Leistungen und auf den ersten Lohn.

Der dualen Berufslehre und unserer Jugend Sorge tragen

Hören wir auf zu jammern, weil andere Länder mehr Maturanden und Akademiker haben! Lassen wir uns nicht irritieren von Avenir Suisse und OECD, die unserem Wirtschaftsstandort deswegen schlechtere Aussichten prognostizieren. Diese Organisationen vertreten nicht in erster Linie die 500 000 KMU, in denen ein Grossteil unserer jungen Frauen und Männer eine Berufslehre absolvieren und dabei zu verantwortungsbewussten Erwachsenen werden, die ihren Platz nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch als Bürger einnehmen (in der direktdemokratischen Schweiz besonders wichtig). Mehr als 99 % der privaten Betriebe in der Schweiz sind gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) KMU, also Firmen mit weniger als 250 Beschäftigten, sie stellen zwei Drittel der Arbeitsplätze und bieten das Gros der Lehrstellen an.

Wir brauchen nicht eine höhere Maturaquote, sondern eine Volksschule, in der die Kinder von ihren Lehrerinnen und Lehrern ins Lernen und in die Welt eingeführt werden und die Schule mit gefülltem Rucksack verlassen. Jeder Berufsausbildner kann uns sagen, welche Kenntnisse und Fertigkeiten und welche persönliche Haltung ein Jugendlicher mitbringen muss, um eine Lehre antreten und abschliessen zu können. Fürs Gymi braucht es übrigens etwa dieselben Voraussetzungen, mit mehr Gewicht im schulischen Bereich. •

¹ <https://www.swiss-skills.ch/2018/>

² Rudolf Strahm, «Warum wir so reich sind». «Tages-Anzeiger» vom 11.9.2018

³ «Nichts gegen die Stiftil! Porträt über vier Lehrlinge». «Blick» vom 16.8.2018. «Neuling in der Lehre: «Zu Beginn hatte ich Muskelkater»». «20 Minuten» vom 31.8.2018

Vom Klassenzimmer in den Gerichtssaal: Anwälte decken Schulen mit Beschwerden ein

az Schweiz am Wochenende 22.9.2018

von Andreas Maurer und Yannick Nock

Schüler, Lehrlinge und Studenten gehen gegen schlechte Noten vor Gericht. Dieses Jahr registrieren manche Schulen einen Rekord an Rekursen. Dahinter steckt ein neues Business von Anwälten.

Die Eltern von Sarah (11) können den Entscheid des Schulrats nicht nachvollziehen. Sie wurde einer Sonderklasse zugeteilt. Die Eltern bekämpfen den Beschluss durch alle Instanzen, vom Regierungsrat zum Verwaltungsgericht bis zum Bundesgericht. Mit Urteil vom April entscheidet das höchste Gericht, dass es auf die Beschwerde nicht einmal eintritt. Denn die Eltern hätten nicht darlegen können, welche ihrer Rechte verletzt worden seien.

Einen Schritt weiter kommt ein Student der Humanmedizin. Er erreicht immerhin, dass das Bundesverwaltungsgericht auf seine Beschwerde eintritt. Er darf nicht Arzt werden, weil er in einer Prüfung des Staatsexamens nur 972 von 1000 Punkten erreicht hat. Das ist bitter, denn er liegt lediglich sieben Punkte unterhalb der Bestehensgrenze. Sein bestes Argument: Die Universität habe ihm eine uneingeschränkte Einsicht in die Prüfungsunterlagen verweigert. Sie gewährt ihm nur eine Akteneinsichtsdauer von dreissig Minuten, wobei er sich einzig handschriftliche Notizen machen durfte. Denn die Uni befürchtet, er könnte die Informationen mit künftigen Kandidaten teilen. So werde sein rechtliches Gehör verletzt, klagt er. Das Bundesverwaltungsgericht weist die Beschwerde mit Urteil vom Mai ab.

Das sind zwei aktuelle Beispiele, die einen grösseren Trend dokumentieren: Klagen gegen unliebsame Entscheidungen haben das Bildungssystem erreicht. War es vor zwanzig Jahren kaum denkbar, Noten anzufechten, ist das heute regelmässig der Fall. Es beginnt im Kindergarten, geht über die Mittelschulen und endet an den Universitäten. Eltern streiten mit Lehrern, Studenten mit Professoren – und schaffen damit ein neues Business.

Im Gegensatz zu den Eltern der Primarschülerin hat der gescheiterte Medizinstudent seine Beschwerde nicht selber formuliert. Er hat einen Anwalt damit beauftragt. So schaffte er es, dass das Gericht zumindest inhaltlich auf seinen Fall einging.

Mit einem Klick zum Bildungsanwalt

Das Geschäft mit der kleinen Hoffnung auf bessere Karrierechancen boomt. Kürzlich hat ein Zürcher Start-up die Plattform fragdenanwalt.ch lanciert, auf der sie Beratungsgespräche mit Anwälten vermittelt. Ein Angebot ist besonders beliebt: das Anfechten von Prüfungsergebnissen. Der Service wird zum Pauschalpreis von 298 Franken angeboten. Über ein Online-Formular kann man Angaben und Unterlagen zur missglückten Prüfung hochladen. Durch die Digitalisierung sparen die Beschwerdeführer Zeit und Geld. Für die 298 Franken erhält man allerdings erst ein Beratungsgespräch. Bis zur Einreichung der Beschwerde werden insgesamt etwa 800 Franken fällig. Doch auch dies ist ein Dumping-Preis verglichen mit dem üblichen nach dem Anwaltstarif verrechneten Aufwand. Das ist nur möglich, weil die Beschwerden der Online-Anwälte relativ simpel gemacht sind. Sie bestehen zum Teil aus zusammenkopierten Textbausteinen.

Didier Kipfer, einer der Anwälte, die ihre Dienste auf der Online-Plattform anbieten, sagt, in den Monaten August und September habe er am meisten Arbeit. Denn in dieser Zeit werden die Lehrabschlussprüfungen angefochten. Aktuell laufe dieses Geschäft so gut wie noch nie. Diesen Sommer habe er fast 50 Beratungsgespräche durchgeführt. In etwa

einem Drittel der Fälle rate er zu einer Beschwerde. Ab der Note 3,7 sehe er grundsätzlich eine Chance. Etwa jede dritte seiner Beschwerden werde gutgeheissen, sagt er. Häufige Gründe seien, dass Prüfungsreglemente nicht eingehalten würden. Zudem werde oft etwas anderes geprüft als abgemacht.

Auch der Rechtsdienst der Zürcher Bildungsdirektion hat dieses Jahr besonders viel zu tun. 2018 haben im Kanton Zürich 85 Schüler einen Rekurs gegen nicht bestandene Gymnasiums-Aufnahmeprüfungen eingelegt. Das sind über fünfzig Prozent mehr als im Vorjahr und es ist die höchste Zahl seit Beginn der Statistik im Jahr 2005. Damals waren es erst 29 Rekurse. Insgesamt gehen an Zürcher Schulen rund 300 Rekurse in einem Jahr ein.

Im Kanton St. Gallen ist die Zahl der im Bildungsdepartement deponierten Beschwerden deutlich angestiegen: von 85 im Jahr 2012 auf 111 im Jahr 2017.

Die Zürcher Regierung stellt fest, dass Eltern vermehrt Anteil an der Schullaufbahn ihrer Kinder nähmen und häufiger den Kontakt mit Lehrern und Schulleitungen suchten. Bernard Gertsch, Präsident des Schulleiterverbandes, zeigt Verständnis für die Anliegen der Eltern. Er sagt: «Durch die Digitalisierung und den technischen Fortschritt wird es in 20 Jahren viele Berufe in der heutigen Form nicht mehr geben.» Das bereite vielen Eltern Sorge. Zudem seien sie nicht mehr an autoritäre Instanzen gewöhnt. Väter und Mütter fühlten sich oft missverstanden und sähen ihren Nachwuchs unfair behandelt. Die Folge: Die Spannungen an den Schulen steigen.

Das spiegelt sich auch in der Wahrnehmung des Lehrerberufs. Eine der wenigen internationalen Studien zum Thema, der «Global Teacher Status Index», kam bereits 2013 zu einem bemerkenswerten Schluss: Schüler und Eltern in China haben den grössten Respekt vor der Lehrerschaft. Die Schweiz landet hingegen auf Platz 15 von 21. Gemäss der Studie ist in der Schweizer Bevölkerung die Ansicht verbreitet, viele Lehrer würden keinen guten Job machen. Oft schwingt dabei unterschwellig der Vorwurf mit: «Der Lehrer ruiniert die Berufschancen meines Kindes.»

Die Auswirkungen unterscheiden sich von Kanton zu Kanton. Im Aargau sorgen vor allem Streitigkeiten um den Schulweg und die Zuteilung auf die Schulhäuser für Beschwerden. Einen Grund dafür sieht die Regierung darin, dass die Kinder heute früher eingeschult werden und Schulen zentralisiert worden sind.

Wie man die Probleme lösen könnte

Der Kanton Bern glaubt, ein Mittel gegen die Rekursflut gefunden zu haben. Die Schulinspektoren würden vermehrt «mediativ» arbeiten, erklärt ein Sprecher der Erziehungsdirektion. Sie suchen das Gespräch mit den Eltern, um Probleme einvernehmlich zu lösen. Deshalb würden aktuell weniger Beschwerden als in den Vorjahren registriert.

Für die Berner Art der Problemlösung setzt sich die Elternorganisation «Schule und Elternhaus Schweiz» ein. Vorstandsmitglied Gordana Reuffurth sagt, beide Seiten – Schule und Eltern – müssten öfter miteinander sprechen. «Ausserdem sollten die Schulen besser informieren.» Besonders Zugezogene, die sich nicht im Schweizer Bildungssystem auskennen, würden oft nicht verstehen, dass später auch Jugendliche eine Hochschule besuchen könnten, die nicht ans Gymnasium gegangen sind.

Damit die Schulkonflikte weniger häufig vor Gericht landen, braucht es aus der Sicht von Lehrerpräsident Beat Zemp aber mehr. Er fordert, dass die Kantone unabhängige Ombudsstellen einrichten, an die sich Eltern wenden können, wenn Sie sich ungerecht

Engagierte Eltern sind nicht Problem, sondern Segen

Schweiz am Wochenende 22.9.2018, Meinung

Beschwerdeflut an Schulen

Von Yannick Nock

Was nicht passt, wird passend geklagt. Dieser Eindruck bleibt meistens zurück, wenn man über Schulstreits liest, die erst vor Gericht enden. Nimmt man noch den wachsenden Trend der Helikopter-Eltern dazu, die jedes Mass verloren haben, ist ein Urteil schnell gefällt: Problem-Eltern zerstören jeden geordneten Schulbetrieb.

Doch das stimmt nicht. Helikopter-Eltern, die ihren Nachwuchs vom Kindergarten bis in die Hörsäle der Universitäten bemuttern, bleiben eine Minderheit. Der Rest ist lediglich an den Leistungen des Nachwuchses interessiert - und das ist ein Segen. Es ist gut, wenn Eltern ihren Kindern im Schultag zur Seite stehen oder wenn nötig bei den Hausaufgaben helfen. Es ist gut, wenn sie wissen wollen, wie eine Note entstanden ist oder wo die Probleme ihrer Kinder liegen. Dass damit Mehrarbeit für die Lehrer verbunden ist, darf den Eltern nicht vorgeworfen werden. Kantone und Gemeinden müssen dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen für Lehrer trotz Mehraufwand gut bleiben. Neue Ombudsstellen sind deshalb eine gute Idee. Sie könnten einschreiten, bevor ein Streit eskaliert. Das wäre allemal besser, als gleich einen Online-Anwalt einzuschalten, der die Schule einklagt.

Und vielleicht gelingt es den Ombudsstellen, wieder etwas mehr Sympathien für eine alte Stärke der Schweiz zu schaffen: die Lehre. Wenn das Ansehen der Lehre wieder steigt, wird es für viele Eltern kein Weltuntergang mehr sein, wenn ihr Kind es nicht ans Gymnasium schafft. Denn die Lehre ist nicht das Ende aller Berufschancen, sondern ein guter Anfang.

Schlechte Noten für den Primus

Le monde diplomatique September 2018

Seitdem es in Schweden immer mehr Privatschulen gibt, fällt das Land im Pisa-Vergleich zurück

Von Violetta Goarant

Elisa Heuyer ist Französischlehrerin am privaten Drottning-Blanka-Gymnasium im Süden Stockholms. Als Angestellte des börsennotierten Bildungsunternehmens AcadeMedia musste sie lernen, Zeit und Raum optimal zu nutzen. Das Gebäude wird noch von einer anderen Schule genutzt, weshalb Heuyer in zwei Klassen gleichzeitig unterrichten muss - und das auf einer Teilzeitstelle.

Ihre in Vollzeit beschäftigten Kolleginnen Sandra Nylen und Adrian Reyes unterrichten zwei Fächer und betreuen außerdem jeweils 15 Schülerinnen und Schüler als Mentoren: Per Telefon oder Mail stehen sie in regelmäßigem Kontakt mit den Eltern: «Wenn ein Schüler Probleme hat, dann ist der Mentor schuld», seufzt Reyes.

So kommt es vor, dass Mentoren ihren Schülern Nachhilfe in Fächern geben, die sie selbst gar nicht unterrichten. «Ich frage meine Schüler ständig, ob alles in Ordnung ist, weil ich weiß, dass mein Direktor mich dafür zur Rechenschaft ziehen wird», erzählt Nylen. «Aber was soll ich machen, wenn sie gleich in mehreren Fächern schlechte Noten haben?»

Der Schulleiter des Drottning-Blanka-Gymnasiums braucht gute Ergebnisse, sonst melden die Eltern ihre Kinder wieder ab oder gar nicht erst an. Nach dem Regierungswechsel, der 1991 eine bürgerliche Koalition an die Macht brachte, führte Ministerpräsident Carl Bildt von der Moderaten Sammlungspartei «Bildungsschecks» ein. Seitdem sind die Eltern nicht mehr an das Einzugsgebiet gebunden und können, sich die öffentliche oder private Schule selbst aussuchen. Fällt die Wahl auf eine Privatschule (auf Schwedisch friskolor], muss die Kommune dieser Schule einen Scheck oder Gutschein ausstellen. Die Höhe des Gutscheins entspricht der Summe, die die Gemeinde für einen Schüler an einer öffentlichen Schule ausgibt (in Stockholm sind das 10'000 Euro pro Jahr). Das Ergebnis: Während es in den 1990er Jahren kaum Privatschulen gab, lagen 2017 fast 20 Prozent der Grundschulen, die in Schweden von der ersten bis zur neunten Klasse gehen, in privater Trägerschaft.⁴

Um ihre, «Kunden» zufriedenzustellen, vergeben sie inflationär gute Noten. Da auch die landesweiten Abschlussklausuren an den Schulen intern korrigiert werden, fällt der Schwindel nicht weiter auf. «Im Grunde ist das hier ein Wunschkonzert», meint Eisa Heuyer, die Ende Juni Nachhilfe geben muss, damit unzufriedene Schülerinnen und Schüler ihre Noten «korrigieren» können. Viele Lehrer bevorzugen eine Versetzung in die nächste Klassenstufe, anstatt den Schülern schlechte Noten und damit ein Gefühl des Scheiterns zu geben - und sich selbst viel Arbeit und zusätzlichen Stress aufzuhalsen.

So wird eine Erfolgsillusion erzeugt, die dem internationalen Vergleich schon länger nicht mehr standhält. Hatte Schweden in der ersten Pisa-Studie von 2000 noch zu den Spitzenreitern gehört, lag es 2015 nur noch im Mittelfeld der OECD-Länder, insbesondere die Ergebnisse in Naturwissenschaften und Mathematik fielen deutlich schlechter aus.⁵

Schweden gibt mit über 7 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) mehr Geld für Bildung und Erziehung aus als jedes andere europäische Land,⁶ Zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt das allerdings nicht: Die Leistungsunterschiede zwischen starken und schwachen Schülerinnen und Schülern nehmen zu. Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund sind häufig die Leidtragenden. [Mehr...](#)

Schule zu verkaufen

LE MONDE diplomatique, September 2018

von Laura Raim

Im laizistischen Frankreich gehörten früher die meisten privaten Bildungseinrichtungen der katholischen Kirche, heute bekommen sie Konkurrenz von US-Investmentfirmen

Der US-amerikanische Investmentfonds Providence Equity hat sich mit Aktien von französischen Privatschulen ein lukratives Geschäft gesichert: In diesem Schuljahr kassiert die Pariser École internationale bilingue (EIB) 6495 Euro Schulgeld pro Schüler, gibt aber keinen Cent für Lehrergehälter aus – dank eines Assoziationsvertrags mit dem Staat. Diese Form der öffentlichen Mitfinanzierung von Privatschulen ermöglicht ein Gesetz von 1959, mit dem die Regierung Debré damals auf den Ansturm der Babyboomer und auf die verlängerte Schulpflicht (bis zum 16. Lebensjahr) reagierte und den ewigen Konflikt zwischen staatlichen und privaten – in der Regel katholischen – Schulen ein für

⁴ Pressedienst der Nationalen Bildungsagentur (Skolverket)

⁵ «PISA 2015 Results in Focus», OECD, 9. Dezember 2016, www.oecd-ilibrary.org

⁶ Statistik der Bildungsausgaben, Eurostat Juli 2017.

alle Mal beenden wollte.

Seither kann jede Privatschule fünf Jahre nach ihrer Gründung einen Assoziationsvertrag beantragen, sofern in ihrem Einzugsgebiet nachweislich ein Schulbedarf besteht. Kommunen und Staat beteiligen sich im gleichen Umfang wie bei staatlichen Schulen an den Kosten. Darüber hinaus kann die Schule ein oft beträchtliches Schulgeld verlangen und die vom Staat bezahlten Lehrerinnen und Lehrer selbst auswählen. Nur die Investitionskosten muss sie weitgehend selbst tragen, da ist der Zuschuss auf 10 Prozent der jährlichen Ausgaben begrenzt und seine Verwendung gesetzlich geregelt.

In Frankreich sind 17 Prozent der Grund- und Mittelschüler an einer Privatschule angemeldet. Theoretisch müssen Privatschulen mit Assoziationsvertrag alle Kinder unabhängig von Religion und Noten aufnehmen. Doch wegen der starken Nachfrage können sie sich ihre Schüler aussuchen, was wiederum die überdurchschnittlich guten Abschlussnoten erklärt: Von den 195 Lycées, in denen der Abschlussjahrgang 1995 zu 100 Prozent das Abitur bestanden hat, sind fast 90 Prozent Privatschulen.⁷ Im internationalen Vergleich zeigt sich jedoch, dass Schüler bei gleichem sozioökonomischen Niveau an staatlichen Schulen besser abschneiden.⁸ [Mehr...](#)

Rechtschreibung lernen Kinder am besten mit einer Methode

Welt online 16.9.2018

Lernen mit der Fibel ist dem „Schreiben nach Gehör“ deutlich überlegen

Von Yuriko Wahl-Immel

Wie lernen Kinder die Rechtschreibung am besten? Psychologen haben drei Methoden unter die Lupe genommen, die derzeit an Schulen angewendet werden. So richtig gut funktioniert ihrer Meinung nach nur die klassische Methode.

Grundschüler lernen Rechtschreibung am besten nach der klassischen sogenannten Fibel-Methode. Zu diesem Ergebnis kommt eine Bonner Studie, bei der die Lernerfolge von gut 3000 Grundschulkindern in Nordrhein-Westfalen analysiert wurden. Andere Ansätze wie „Lesen durch Schreiben“ und „Rechtschreibwerkstatt“ schnitten weitaus schlechter ab. Die Ergebnisse werden am Montag bei einer Tagung der Gesellschaft für Psychologie in Frankfurt vorgestellt.

Bei der Fibel-Methode werden Buchstaben und Wörter schrittweise und nach festen Vorgaben eingeführt. Danach lernende Kinder hatten mit Abstand die besten Rechtschreibkenntnisse, berichtet Una Röhr-Sendlmeier vom Institut für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie.

Das Psychologenteam hatte über mehrere Jahre hinweg die Rechtschreibkenntnisse von Grundschulkindern in NRW verglichen, die nach drei verschiedenen Methoden Lesen und Schreiben lernten.

Viele Eltern seien in Sorge, weil ihre Kinder zum Ende der Grundschule die Rechtschreibregeln kaum beherrschten, so Röhr-Sendlmeier. „Sie fragen, ob dies auch mit der eingesetzten freien Lehrmethode zusammenhängen könnte, nach der die Kinder nur nach ihrem

⁷ Mattea Battaglia, „Classement des lycées 2016: Les raisons du succès du privé“, *Le Monde*, 30. März 2016.

⁸ Siehe Pisa-Studie von 2016, www.oecd-ilibrary.org.

Gehöreindruck schreiben sollen.“

Das lange gängige Fibel-Lernen war mancherorts vor allem vom „Lesen durch Schreiben“ nahezu verdrängt worden, bis sich daran immer mehr Kritik entzündete, wie Bildungsforscherin Nele McElvany von der Universität Dortmund erläutert. „Tatsächlich ist problematisch, dass es praktisch keine empirischen Studien gibt, was die Wirksamkeit dieser Methode angeht.“ Deren Idee: Schüler sollen möglichst viel frei schreiben und das Lesen darüber mitlernen. Korrekturen falsch geschriebener Wörter sind unerwünscht, weil das die Kinder demotiviere.

Dabei könne man Schüler sehr wohl Regeln und Prinzipien einüben lassen und sie zugleich mit positivem Feedback ermutigen, erklärt McElvany. Das Fibel-Lernen sei regelgeleitet, baue strukturiert aufeinander auf und setze auf Übungsphasen. Das Ergebnis der Psychologen mit der Top-Note für den Fibel-Ansatz hält sie für „nicht unplausibel“.

Der beteiligte Bonner Wissenschaftler Tobias Kuhl erläutert zu der Forschungsarbeit: „Wir sind wertfrei rangegangen.“ Das „Lesen durch Schreiben“ und die „Rechtschreibwerkstatt“ führten nachweislich zu vielen Fehlern. Ein fest vorgegebener Ablauf vom Einfachen zum Komplexen habe sich als klar überlegen erwiesen.

Die mehr als 3000 Kinder wurden Kuhl zufolge zunächst nach ihrer Einschulung auf ihre Vorkenntnisse getestet. Danach seien fünfmal jeweils halbjährlich Diktate ausgewertet worden – immer waren Fibel-Kinder die leistungsstärksten. Schüler, die mit „Lesen durch Schreiben“ unterrichtet wurden, machten am Ende der vierten Klasse im Schnitt 55 Prozent mehr Rechtschreibfehler, „Werkstatt“-Schüler sogar 105 Prozent mehr als Fibel-Kinder. Auch Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch war, profitierten vom Fibel-Ansatz.

McElany zufolge lässt die Studie allerdings offen, ob es bei der Einschulung schon unterschiedliche Voraussetzungen bei den Kindern gab und inwieweit diese im Schulverlauf erhalten blieben. Angesichts der teilweise dramatisch schwachen Kompetenzen sei eine Methodendebatte wichtig. Orthografie sei Fleißarbeit und müsse in den ersten Schuljahren geübt werden. „Es ist wie auch das Lesen eine Kernkompetenz, die Grundschüler lernen müssen. Dafür brauchen sie in den Schulen und zu Hause den zeitlichen Raum.“

Der Grundschul-Lese-Untersuchung (Iglu) von Ende 2017 zufolge kann jeder fünfte Zehnjährige in Deutschland nicht so lesen, dass er den Text auch versteht. Und der bei Viertklässlern erhobene IQB-Bildungstrend 2016 ergab, dass nur 55 Prozent orthografische Regelstandards erreichen oder übertreffen.

Der Bildungsverband VBE zeigte sich hinsichtlich der neuen Ergebnisse skeptisch. Grundsätzlich sei es „nicht zielführend“, die Rechtschreibfähigkeit als einzelnen Aspekt losgelöst von allen anderen Lernprozessen zu untersuchen. Der Vorsitzende Udo Beckmann meint: „Eine einseitig festgelegte Rückkehr zum Unterricht mit der Fibel ist keine Lösung.“

Luzern für Schulgeld, Tessin gegen Reform

NZZ 24.9.2018, Schweiz

(sda) · Der Kanton Luzern kann auf der Sekundarstufe II weiterhin Schulgeld erheben. Die Stimmberechtigten haben die Volksinitiative «Für eine hohe Bildungsqualität» mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 69 Prozent abgelehnt. Das Volksbegehren war von der linken «Allianz für Lebensqualität» als Reaktion auf die Sparpolitik des Kantons eingereicht worden. Das Volksbegehren wollte mit verschiedenen Forderungen die Qualität der Bildung und den Zugang zu dieser sichern. Kanton und Gemeinden hätten den Schulen genügend Mittel zur Verfügung stellen sollen. Zudem hätte der Kanton auf der Sekundarstufe II kein Schulgeld mehr erheben dürfen und neben dem Lang- und Kurzzeitgymnasium eine breite Palette dualer Ausbildungen und schulisch organisierter Grundbildungen anbieten sollen.

Im Kanton Tessin hat sich das Stimmvolk in einer Referendumsabstimmung gegen das Projekt «Schule der Zukunft» ausgesprochen, und zwar mit 49279 zu 37699 Stimmen. Auf der Basis neuer, alle Begabungs- und Schulstufen einschliessender und individualisierter Unterrichtsmodelle hätte an sieben Schulen ein mehrjähriger Pilotversuch durchgeführt werden sollen. Die Rechtsbürgerlichen und die Lega dei Ticinesi hatten gegen einen Entscheid des Grossrats das Referendum ergriffen.

Sind die Tessiner bessere Demokraten?

Am 23. September lehnten die Tessiner Stimmbürger die Schulversuche mit «La scuola che verrà», dem Tessiner Pendant zum «Lehrplan 21» ab. Eine vom Staatsrat eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitete in den Jahren 2013/2014 das Reformkonzept und gab es in eine erste Vernehmlassung, 2016 fand eine zweite statt und danach verabschiedete die Regierung im Juli 2017 die Botschaft, die von der Sonderschul-Kommission noch modifiziert wurde. Am 13. April 2018 stimmte das Tessiner Parlament der Erprobung des Projektes «La scuola che verrà» zu, dies wohlverstanden nach einer kontrovers geführten Diskussion. Die Erprobung sah einen auf drei Jahre verteilten Kredit von 6.7 Millionen Fr. vor und sie sollte vorerst in vier Mittelschulen und in drei Primarschulen stattfinden. Gegen diesen Beschluss des Grossrates ergriff die Tessiner UDC (SVP) mit Unterstützung der Lega dei Ticinesi mit über 7000 Unterschriften das Referendum und konnte damit eine Volksabstimmung bewirken. In der Folge wurde die auf Herbst 2018 geplante Umsetzung der Reformversuche in den sieben Gemeinden bis auf weiteres verschoben.

Im Gegensatz zur Situation in der Deutschschweiz und aktuell in Graubünden, wo die Regierung den in Fachkreisen umstrittenen Lehrplan 21 eingeführt hat, ohne dass weder das Parlament, noch die Bevölkerung sich dazu äussern konnten. Die Tessiner zeigen es uns, wie man korrekt mit Schulreformen umgeht. Offenbar haben sie mehr Sinn für demokratische Prozesse. Erinnern wir uns daran, wenn im November die Doppelinitiative zu mehr Mitsprache im Bildungswesen zur Abstimmung kommt, bei der es darum geht, die Reformflut, - inklusiv Lehrplan 21 - zu stoppen und zu überdenken.

Rico Calcagnini, Buchen

Ein einziges Fehlkonstrukt

Zürichsee-Zeitung 24.9.2018, Leserbrief

Zum Lehrplan 21

Der Lehrplan 21 ist ein pädagogisch-didaktisches Fehlkonstrukt. Er widerspricht dem bewährten Unterrichtsmodell der schweizerischen Volksschule auf Pestalozzis Grundlagen Kopf, Herz, Hand. Er ist das Werk von zum Teil selbst ernannten Schreibtischtätern. Die Bevölkerung wurde über den Tisch gezogen in der Meinung, es seien vertrauenswürdige Experten am Werk gewesen. Das Ganze basiert auf einer unheiligen Allianz von Linken und Grosskonzernen mit verschiedenen Zielen.

Das elitäre Denken dahinter führt zu einer bedenklichen Kopflastigkeit und einem Defizit der Seelenkräfte. Das selbstgesteuerte Lernen mit Wochenplänen ad absurdum soll den verpönten Frontalunterricht ablösen. Dabei hat schon das Griechentum das fruchtbare Miteinander von Lehrer und Schüler gekannt, neu ausgestaltet im Neuen Testament mit Jesus und den Jüngern. Der Klassenunterricht verbindet Methodik und Soziales in natürlicher Atmosphäre.

Der Lehrplan 21 ist überladen mit Kompetenzen, sodass Lesen und Schreiben sowie mathematische Grundfertigkeiten auf der Strecke bleiben. Die Schulleistungen gehen seit der Bildungsreformitis stetig zurück, und immer mehr Eltern müssen bei den Hausaufgaben helfen.

Noch ein Wort zur Digitalisierung. Sie kostet die Gemeinden enorm viel, bringt aber unter dem Strich nichts. Selbst Bosse von Informatikkonzernen wollen sie ihren eigenen Kindern nicht zumuten. Kinderärzte warnen davor, dass sie im jungen Gehirn natürliche Veranlagungen brachliegen, ja sogar absterben lässt. Ganz zu schweigen von den Gefahren der Gender-Ideologie. Eltern, Lehrer, Lehrlingsausbildner, Professoren – geht auf die Barrikaden, bevor nicht wieder gutzumachender Schaden angerichtet ist.

Reinhold Schnorf, Stäfa

Veranstaltungshinweise

Plenum digitale – Vacuum mentale?

2. Frankfurter (In-)Kompetenzkonferenz zur Digitalisierung



Öffentliche Tagung

6. Oktober 2018, Frankfurt am Main

Universitätsklinikum Frankfurt

[Mehr...](#)

Bildschirmmedien und Kinder



Die Sicht der Pädiatrie und Kognitionswissenschaft mit

Uwe Büsching
Gertraud Teuchert-Noodt

Politische Vorgaben, Prävention und Lösungsansätze mit

Thomas Breyer-Mayländer
Michael Zieher
Sonja Hoffmann

Aspekte aus Technik und Ökonomisierung von Bildung mit

Peter Hensinger
Ingo Leipner
Ralf Lankau

Donnerstag 20. Oktober 2018

Hochschule Offenburg

[Mehr...](#)

Was man von Schweden lernen kann

Die Umgestaltung der schwedischen Volksschule und deren Folgen



Donnerstag, 25. Oktober 2018, 19 Uhr

Pfarrzentrum Liebfrauen, Weinbergstrasse 36, 8006 Zürich

Referentin: **Prof. em. Inger Enkvist**, Universität Lund

Starke Volksschule Zürich

[Mehr...](#)

Das gesellschaftliche Bild und die pädagogische Bedeutung der Lehrberufe

Öffentliche Tagung 2. & 3. November 2018

Aula der Universität Zürich Rämistrasse 71, 8006 Zürich

[Mehr...](#)